



Interviews

Datum: 02. Dezember 2023

Claudia Kemfert im Gespräch mit Theo Geers

Geers: Wie schlagen jetzt die Haushaltsnöte auf den Klimaschutz womöglich durch? Das ist die bange Frage in diesen Tagen, wo die Ampel zusehen muss, wie sie die fehlenden Milliarden für den nächsten Bundeshaushalt zusammenkratzt. Wird vielleicht doch beim Klimaschutz gespart? Dazu am Telefon jetzt Professor Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, guten Morgen, Frau Kemfert.

Kemfert: Guten Morgen, Herr Geers.

Geers: Frau Kemfert, es fehlen 17 Milliarden Euro im Bundeshaushalt, hat Christian Lindner diese Woche vorgerechnet. Es fehlen womöglich sogar noch mehr Milliarden, wenn man zum Beispiel Kevin Kühnert nimmt, den SPD-Generalsekretär. Manche hatten jetzt das Gefühl, das Defizit würde kleingerechnet, um die Spardebatte leichter in die Richtung lenken zu können, 17 Milliarden lassen sich doch wohl durch sparen aufreiben, wenn jeder der Ampelpartner sein Scherflein beitragen muss. Geht es dann auch an den Klimaschutz?

Kemfert: Ich hoffe nicht, denn es geht ja jetzt wirklich darum, dass wir auch wettbewerbsfähig bleiben müssen. Viele Industrien setzen ja auch darauf. Es gab teilweise Zusagen. Die Amerikaner investieren sehr, sehr viel in die klimafreundliche Industrie. Und Deutschland sollte da nicht zurückfallen. Und nichts ist mehr Gift für die Wirtschaft als diese Unsicherheit und auch das, was Deutschland da ausstrahlt für viele Unternehmen. Unternehmen brauchen Investitionssicherheiten. Und das gefährdet man an der Stelle mit solchen Diskussionen. Das ist hochproblematisch. Also, insofern kann man nur hoffen, dass die sich da schnell einigen und vor allen Dingen nicht beim Klimaschutz sparen. Da geht es ja um Zukunftstechnologien, um die zukünftige Wirtschaft, dass hier Deutschland gut aufgestellt ist. Sondern sich anderweitig einigt. Da gäbe es ja auch genug Möglichkeiten, wo man ran kann, die Kosten auch wirklich zu sparen.

Geers: Nun gibt es ja nicht nur die geplanten Subventionen für die Ansiedlung zukunftsträchtiger Industrien. Es gibt ja auch viele Dinge, die den Bürger ganz unmittelbar betreffen. Also, Gebäude-, Heizungssanierung, E-Mobilität, Förderung der selbigen. Oder die Milliarden auch für den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken, die dann später mal einspringen sollen, wenn sie gebaut sind, in den Zeiten, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht schein. Also, es gibt viele Projekte, die alle – so sieht es derzeit zumindest aus – ohne staatliche Hilfe nicht auskommen werden. Droht da Ungemach?

Kemfert: Ja. Und es wäre wirklich falsch, da anzusetzen. Also, es gibt so ein paar Punkte, die wirklich gesetzt sind, die Sie ja auch schon jetzt teilweise genannt haben. Das ist einmal die EEG-Umlage. Also, auch das war ja etwas, was wir über den Haushalt bezahlen, damit der Strompreis nicht so stark steigt. Darauf hat man sich ja geeinigt. Was sehr, sehr wichtig ist, ist jetzt die Gebädeförderung. Da sollte man auch nicht ansetzen mit dem Rotstift, denn

wir brauchen dringend im Gebäudesektor mehr Klimaneutralität. Es hat ja jetzt auch noch mal wieder ein jüngstes Klimaurteil gegeben, wo dringend nachgebessert werden muss. Das heißt, hier brauchen wir eine Emissionssenkung im Gebäudesektor und auch eine Förderung, weil es ja viele Haushalte gibt, die sich das gar nicht leisten können. Das Nächste, was ich auch als gesetzt sehe, sind die Schieneninvestitionen. Auch da brauchen wir mehr Investitionen. Aber auch die Elektromobilität, die man teilweise fördert. Wasserstoff und Energiespeicher und auch die Aktionsprogramme Natürlicher Klimaschutz. Das sind die Sachen, die wirklich extrem wichtig sind. Zur Disposition oder zur Verhandlung sollte man stellen, ob man wirklich die Zuschüsse an stromintensiven Unternehmen braucht. Das ist wieder eine Subvention, die so nicht notwendig ist. Das haben wir nachgerechnet. Das betrifft eben nur wirklich wenige Unternehmen, die das wirklich brauchen. Das ist auch teuer. Und auch die Energiepreisbremse, dass die ausläuft, das halte ich auch für sinnvoll, weil die Preise an den internationalen Märkten wirklich gesunken sind und man aktuell auch Verträge machen kann ohne diese und diese Preisbremse so nicht mehr braucht.

Geers: Nun haben Sie auf der einen Seite einen schönen Schutzzaun gezogen, Frau Kemfert, um das, was Ihrer Meinung nach unangetastet bleiben sollte. Und Sie haben auch Vorschläge gemacht, wo man vielleicht leichter Milliarden einsparen könnte. Ganz grundsätzlich einmal gefragt, der KTF, dieser Fonds, den das Bundesverfassungsgericht jetzt erst mal wieder kassiert hat, das ist ja im Grunde das Startkapital für die gesamte Finanzierung der Klimawende hier bei uns gewesen und der ist nun weg. Steht damit eigentlich auch die Grundidee, also die notwendige Transformation in Richtung Klimaneutralität per Kredit hierzulande zu finanzieren und zu fördern, steht diese Grundidee nicht jetzt ganz grundsätzlich auf dem Prüfstand?

Kemfert: Nein, das würde ich nicht so sehen. Also, er ist ja auch nicht weg in dem Sinne, sondern es fehlen Milliarden, wo man sich jetzt drauf einigen muss, wie das funktionieren kann. Ich halte es für sinnvoll, dass man jetzt die Schuldenbremse noch mal wieder aussetzt. Es gibt da auch genügend Möglichkeiten, das zu tun. Ich erinnere auch noch mal an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 2021, wo ja auch entschieden wurde, dass Klimaschutz eine zentrale Aufgabe des Staates ist. Das heißt, da hat man auch argumentativ aus meiner Sicht genügend Möglichkeiten, deutlich zu machen, warum die Schuldenbremse noch mal ausgesetzt werden muss. Und das Zweite ist, dass wir insgesamt ja Möglichkeiten haben, auch einige Ausgaben, unnötige Ausgaben des KTF auf den Prüfstand zu stellen. Dazu gehört beispielsweise auch die Mikroelektronik, also die Chipfabriken könnte man überlegen, ob man das nicht aus anderen Bereichen bezahlt. Und das Dritte ist, dass wir wirklich auch über eine Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen, gerade das Dieselprivileg oder Dienstwagenprivileg, auch genügend Möglichkeiten hätten, über den KTF dann auch zu finanzieren. Also, das ist jetzt so eine Grundsatzaufgabe. Und wir dürfen auch nicht vergessen, der KTF, da kommen ja auch Gelder rein, über 20 Milliarden aus dem Verkauf des Emissionsrechtehandels. Also, da hat man schon noch genügend Spielraum, dass man jetzt die Investitionen, die man braucht, auch wirklich tätigen kann. Ich erinnere noch

mal daran. Die Amerikaner investieren im Moment sehr, sehr viel in klimafreundliche Technologien, die Chinesen auch. Und wir drohen, da abgehängt zu werden, wenn wir da nicht nachziehen.

Geers: Jetzt ist ja von den Grünen noch ein anderer Vorschlag gekommen, der so ein bisschen aus der Angst geboren wurde, dass möglicherweise doch beim Klimaschutz der Rotstift angesetzt werden könnte. Da kam die Idee, auch ein sogenanntes Sondervermögen Klimaschutz aufzulegen, nach dem Vorbild des Sondervermögens Bundeswehr, das ja den Vorteil hat, dass es im Grunde mit einer breiten politischen Mehrheit beschlossen wurde, dieses Sondervermögen Bundeswehr. Wobei man natürlich dazusagen muss, es sind immer Sonderschulden und keine Vermögen, die da geschaffen wurden. Aber es ist im Grundgesetz abgesichert und deswegen kam das Bundesverfassungsgericht da auch nicht ran und konnte dieses Sondervermögen Bundeswehr nicht kippen. Anders als den KTF, mit dem die Klimaschutzmaßnahmen finanziert wurden. Deshalb meine Frage: Sollte man so ein Sondervermögen Klimaschutz auflegen?

Kemfert: Ja. Das halte ich für absolut sinnvoll, dass man ein solches Sondervermögen Klimaschutz ins Grundgesetz einführt. Da ist man ja dann auch immer auf der sicheren Seite. Das Problem an der Stelle wird sein, dass man ja auch da die Zustimmung braucht von der CDU und die sich da ja jetzt sehr exponiert hat und weiter klagen will und da nicht so wirklich eine Einigung in Sicht ist. Aber grundsätzlich absolut sinnvoll, das zu tun. Ich würde mir wünschen, dass da jetzt auch eine überparteiliche Einigung hergestellt werden könnte, das zu machen. Bei der Bundeswehr war man sich ja sehr schnell einig. Warum dann nicht auch bei den Investitionen für Zukunftsinvestitionen? Da geht es ja auch um wichtige Bereiche der Wirtschaft, im Übrigen auch in Bundesländern, die auch CDU-geführt sind, wie Nordrhein-Westfalen oder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein. Und man will ja dort auch investieren in wichtige Unternehmen der Speicherung oder eben auch Wasserstoff, grüner Wasserstoff. Das sind alles wichtige Zukunftsinvestitionen, die jetzt ebenso nicht getätigt werden können. Anders als man sich das geplant hat. Also, deswegen halte ich es für sinnvoll, dass man ein solches Sondervermögen auch ins Grundgesetz reinsetzt.

Geers: Die Klimaökonomin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hier im Deutschlandfunk heute Morgen. Vielen Dank, Frau Kemfert, für das Gespräch, und dass Sie sich die Zeit für uns genommen haben.

Kemfert: Ich danke Ihnen, schönen Tag.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.